

Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede von Bettina Hagedorn, MdB, gehalten am 23.11.06 im Plenum des Deutschen Bundestages zur Haushaltsdebatte 2007, Einzelplan des Bundesministeriums des Inneren.

Bettina Hagedorn (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Als zuständige Hauptberichterstatterin bin ich froh, heute nach anstrengenden Beratungen den Einzelplan des Bundesinnenministeriums vorstellen zu können. Zusätzlich zu den üblichen Haushaltsberatungen mit einem Gesamtvolumen von 4,48 Milliarden Euro hatten wir Berichterstatter es mit großen und weit über den Einzelplan hinaus relevanten Themengebieten von hoher finanzieller Brisanz und Aktualität zu tun, die uns Beratungstoff für viele zusätzliche Berichterstattergespräche bescherten. Kollegin Piltz, Sie haben vorhin angemahnt – das galt für die Innenpolitiker –, sie wünschten sich mehr Berichterstattergespräche.

Ich nehme an, Ihr Kollege Koppelin kann das für den Haushalt nicht bestätigen.

Lassen Sie mich einige dieser heißen Eisen, die uns beschäftigt haben, nennen. Ein Stichwort ist der **Digitalfunk**. Mein Kollege Herr Dr. Luther hat es schon genannt. Wir haben seit dem Sommer mit dem Vertragsabschluss mit EADS und DB Telematik zu tun. Wir hoffen, dass die Verhandlungen im Dezember in die entscheidende Phase kommen. Die SPD steht uneingeschränkt zur notwendigen Einführung des Digitalfunks in Deutschland. Sicherheitskräfte in Bund, Ländern und Kommunen warten darauf zur Optimierung ihrer Arbeit. Insgesamt stehen 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Man muss allerdings nicht prophetisch begabt sein, um zu prognostizieren, dass das Geld leider nicht ausreichen wird, um den Digitalfunk in Deutschland zu realisieren. Noch vor Weihnachten, Frau Kollegin Piltz, werden wir ein Berichterstattergespräch zu diesem Thema führen.

Ein weiteres Stichwort ist der möglicherweise zu planende **Neubau für das Bundesinnenministerium**, ein Thema, das auch vor dem Hintergrund sehr ernst zu nehmender Berichte des Bundesrechnungshofes über abenteuerliche Vertragsabschlüsse in den 90er-Jahren allein in diesem Jahr Stoff für drei Berichterstattergespräche bot. Die Mittel für einen möglichen Neubau sind gesperrt. Wir haben uns aber

vorgenommen, im ersten Quartal 2007 zu einer Entscheidung über eine dauerhafte Unterbringung des Innenministeriums zu kommen.

Doch sind nicht nur Neubaupläne für das Bundesinnenministerium in der Diskussion; für insgesamt sechs Ministerien werden zurzeit Um- und Neubauten geplant und erstellt, von nachgeordneten Behörden ganz zu schweigen. Das ist grundsätzlich gut so. Wir müssen in unserer Hauptstadt auf Dauer optimale Arbeitsmöglichkeiten für die hier anzusiedelnden Ministerien und Behörden schaffen, damit effektiv bearbeitet werden kann. Richtig ist es darum auch, dass gerade der Haushaltsausschuss im Zusammenhang mit solcher Bautätigkeit Fragen nach einer langfristig sinnvollen Arbeitsstruktur der Ressorts stellt. Dabei geht es um Konzepte, um Aufgaben, Personalkörper, dazu passende Bauvorhaben und natürlich auch um Standorte. Es geht um die langfristig effektive Aufgabenerfüllung und den wirtschaftlich vernünftigen Einsatz von Mitarbeitern. Dabei darf es kein Tabu geben, auch nicht beim Berlin/Bonn-Gesetz. Wie mein Kollege Jochen Fromme von der Union schon vorgestern in seinem Redebeitrag darstellte, haben wir gemeinsam auf unserer Haushaltsklausur angeregt, das **Berlin/Bonn-Gesetz** auf den Prüfstand zu stellen. Das Echo war, wie nicht anders anzunehmen, gespalten. Doch zunehmend merkten wir gemeinsam, dass die Bereitschaft, parteiübergreifend vernünftig und offen über Effizienzgewinne in der Bundesverwaltung zu sprechen, steigt. Bei der Diskussion geht es letzten Endes um langfristige, zukunftsfähige Lösungen, die für den Regierungssitz Berlin ebenso zukunftsweisend wie für den Bundeshaushalt tragbar sind und die gleichzeitig für den Raum Bonn nicht den befürchteten Untergang des Abendlandes bedeuten müssen. Wir wollen dabei nichts übers Knie brechen. Wir sind uns aber als Haushaltsausschussmitglieder in einer großen Koalition sehr wohl der Tatsache bewusst, dass es vermeintliche Tabuthemen gibt, die anzupacken und mehrheitsfähig zu machen wir nur in dieser Konstellation in der Lage sind. Und wir haben den Mut, diese Chance zu nutzen.

Schön ist, dass unser Antrag parteiübergreifend getragen wurde. Falsch ist aber, dass die Opposition uns bei diesem Thema zum Jagen tragen musste. Das gilt auch für das nächste konfliktträchtige Thema, nämlich die bisherige und künftig veränderte Anwendung des **Dienstrechtlichen Begleitgesetzes** für Mitarbeiter, die nach Berlin umziehen. Leistungen nach dem Dienstrechtlichen Begleitgesetz und dem Umzugstarifvertrag gelten ausdrücklich nur für die vom Umzug betroffenen Beschäftigten in Bundesbehörden und -einrichtungen, die im Berlin/Bonn-Gesetz aufgeführt sind.

Am 9. November 2006 haben wir im Haushaltsausschuss erneut, und zwar auf Initiative der großen Koalition hin, einen unmissverständlichen Beschluss herbeigeführt, der jedwede anders lautende Auslegung künftig ausschließen und eine offensichtlich gängige Staatspraxis ab sofort unterbinden soll, um dadurch enorme Summen an Steuergeldern zu sparen. Die höchste Priorität bei den Themen, die uns in

den vergangenen Wochen außerhalb der eigentlichen Etatberatungen beschäftigt haben, hatte allerdings das 44 Millionen Euro schwere **Sicherheitspaket**, das nach den Kofferbombenfunden in Regionalzügen im Sommer eine sicherheitspolitische Debatte in Deutschland auslöste, in der es auch an absurden medienwirksamen Vorschlägen mancher Politiker nicht fehlte. Da wurden so genannte Train Marshals, also Zugbegleiter, ähnlich wie in Flugzeugen gefordert, ein Vorschlag, der allein 5 000 zusätzliche Kräfte bei der Bundespolizei erforderlich gemacht hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema innere Sicherheit verdient eine ernsthafte, nachdenkliche und unaufgeregte Diskussion statt Aktionismus. Jeder Bürger möchte Sicherheit im Inneren. Das ist ein Grundbedürfnis. Ein hohes Sicherheitsgefühl für den Einzelnen bedeutet Lebensqualität und ist ein Standortfaktor für Wirtschaft und Staat. Aussagen und Kommentare – auch diese Debatte beschert uns das – zum letzte Woche veröffentlichten Zweiten Sicherheitsbericht der Bundesregierung spiegeln die ganze Widersprüchlichkeit zu diesem Thema in Deutschland wider.

Nun legt die Bundesregierung in dieser Situation ein neues Sicherheitspaket vor, mit dem gezielt Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsorgane ergriffen werden sollen, und reflexartig prangern einige Kritiker dieses als „Angstpolitik“ an.

Herr Korte hat uns gerade ein erneutes Beispiel geliefert. Andere wiederum, wie der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, versuchen, den Sicherheitsbericht als „Wohlfühlbericht“ zu disqualifizieren und werfen denselben Politikern vor, die Situation zu verharmlosen und zu wenig zu tun. – Ja was denn nun? Wie wir zu einem Mehr an innerer Sicherheit kommen, daran scheiden sich offensichtlich die Geister. Das Sicherheitspaket dient den Kritikern als vermeintliche Preisgabe liberaler Bürgerrechte; manchen geht es zu weit und anderen wiederum nicht weit genug. Die einen sehen den Datenschutz in Gefahr, die anderen kriminelle Strukturen angesichts bürokratischer Hemmnisse des Staates im Vorteil. Da wird das Schreckgespenst des Überwachungsstaates an die Wand gemalt – Herr Korte hat eben von Gesinnungsschnüffelei gesprochen – und gleichzeitig wird festgestellt, dass die oftmals überlegene technische Aufrüstung der Täter, egal ob aus organisierter Kriminalität oder terroristischer Szene, dann auch eine Nachrüstung der staatlichen Organe notwendig macht, wenn wir wollen, dass diese ihre Arbeit im Sinne der Menschen ordentlich und erfolgreich erfüllen können. Wir wollen das!

Maßnahmen für mehr innere Sicherheit sind immer eine Gratwanderung in dem eben skizzierten Sinn. Wir diskutieren hier das „Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit“, das ein Maßnahmenbündel zur logistischen und personellen Verstärkung aller Sicherheitsorgane des Bundes enthält und für das die

Bundesregierung von 2007 bis 2009 132 Millionen Euro bereitstellt, das sind 44 Millionen Euro im Jahr. Der Hauptschwerpunkt der Maßnahmen liegt mit über 64 Millionen Euro, bezogen auf diesen Dreijahreszeitraum, beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Herr Korte, Sie haben den Verfassungsschutz soeben in besonderer Art und Weise diffamiert. Sie müssten schon deutlich machen, was Sie eigentlich wollen. Das, was Sie hier dargestellt haben, entbehrt jeder Grundlage. Sie haben gesagt: Wir brauchen wieder eine parlamentarische Kontrolle. Ich verweise auf das Vertrauensgremium. Dort sind neben mir zwei weitere Abgeordnete meiner Fraktion Mitglied; Sie nicht, aber eine Kollegin von Ihnen. Sie haben hier alles – Bundesamt für Verfassungsschutz, BND – in einen großen Topf geworfen, das Ganze mit dem Untersuchungsausschuss vermengt, einmal kräftig umgerührt, um letzten Endes die Arbeit der Kollegen zu diffamieren.

Herr Korte, das müssen wir wirklich ablehnen. Sie stellen letzten Endes die Arbeit des Verfassungsschutzes infrage. Da machen wir nicht mit.

Wir, die SPD, sind angesichts der Analyse der Gefährdungslage der Auffassung, dass es genau richtig ist, den Schwerpunkt auf den Verfassungsschutz zu setzen. Alle weiteren neuen Stellen sind beim **Bundeskriminalamt** angesiedelt. Das ist der zweite Investitionsschwerpunkt. Der Etat des BKA für 2007 wird zu diesem Zweck zielgerichtet um insgesamt 11,24 Millionen Euro aufgestockt. Mein Kollege hat zu diesem Bereich schon viel gesagt, weswegen ich darauf weniger ausführlich eingehen kann. Der Aufbau der Antiterrordatei, auf den sich die Innenministerkonferenz im September nach jahrelangem Hickhack und unter dem Eindruck der neuen Bedrohungslage endlich verständigt hat, und der beschlossene Ausbau der Erfassung sowie die Analyse von Massendaten erfordern erhebliche Mittel. Die **Bundespolizei** erhält kein zusätzliches Personal – das braucht sie auch nicht –, weil sie durch die Antiterrorpakete I und II personell erheblich aufgestockt worden ist; erst in diesem Jahr sind knapp 1 200 Anwärter eingestellt worden. Dennoch erhält die Bundespolizei Spezialausrüstungen, die sie dringend braucht, zum Beispiel Wärmebildkameras zur Überwachung der Bahngleise, Videokameras zur Überwachung von Bahnhöfen oder des Flughafens Frankfurt am Main. Außerdem sollen weitere Spürhunde angeschafft werden. Das ist schon erwähnt worden. Ich bin zuversichtlich, dass mit diesem Maßnahmenbündel zielgenaue und vernünftige Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit in Deutschland umgesetzt werden. Ich will aber darauf hinweisen, dass die Medaille „innere Sicherheit“ zwei Seiten hat. Wir sollten die zweite Seite nicht aus dem Blick verlieren: die **Prävention**. Auch sie spielt in diesem Haushalt eine erhebliche Rolle. Die Prävention wird deutlich durch ein Mehr an politischer Bildung, durch Projekte gegen Rechtsextremismus und durch die Stärkung gesellschaftlicher Initiativen für mehr Toleranz und Demokratie. Prävention heißt, Personengruppen verschiedenster Religionen und Kulturen ins öffentliche Leben unserer Gesellschaft einzubinden, sie zu beteiligen, statt sie auszugrenzen, gerade den Kindern und

Jugendlichen eine faire Chance auf Bildung und Ausbildung zu geben. Prävention meint Integrations- und Sprachkurse, eine Bleiberechtsregelung mit humanem und christlichem Antlitz und eine Stadtentwicklung, die der Gettoisierung vorbeugt.

In diesem Bundeshaushalt gibt es viele Ansätze, die für die Prävention in Deutschland eine wichtige Rolle spielen. Ich freue mich ganz besonders, dass die **Programme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit** im Einzelplan 17, durch die seit 2001 4 000 Projekte in ganz Deutschland mit mehr als 163 Millionen Euro gefördert worden sind, fortgesetzt werden. Die Mittel dafür werden sogar um 5 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt. Auch im Haushalt des Innenministeriums haben wir ein deutliches Signal gesetzt, indem wir die Mittel für das Bündnis für Demokratie und Toleranz um 300 000 Euro aufgestockt haben. Das ist ein Plus von 40 Prozent gegenüber 2006. Unter dem Dach dieses Bündnisses arbeiten 1 300 Gruppen und Initiativen in ganz Deutschland. Die Arbeit dieser Gruppen und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus wird überwiegend ehrenamtlich geleistet. Das Motto lautet: Hinschauen, handeln, helfen.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz lobt jedes Jahr einen Preis aus, der mit 1 000 bis 5 000 Euro – nicht üppig – dotiert ist. Dieser Preis wird ausnahmslos Initiativen in der ganzen Bundesrepublik verliehen, die sich diesen Zielen ohne staatliche Unterstützung verschrieben haben. Auch wenn die Preisgelder nicht hoch sind, helfen sie insbesondere dabei, das gesellschaftliche Engagement zu stärken. Ich nutze diese Gelegenheit – aus zeitlichen Gründen kann ich das nur ganz kurz tun –, auf den Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb hinzuweisen, den ebenfalls dieses Bündnis zusammen mit dem ZDF und der Dresdner Bank ausrichtet. Junge Menschen ab 14 Jahren sind aufgerufen, sich bis zum 31. März 2007 mit kreativen Beiträgen zu beteiligen. Über 82 000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland haben sich in den letzten Jahren daran beteiligt. Dass das wichtig ist und zur Stärkung der politischen Bildung junger Menschen beiträgt, konnten wir gerade jüngst vor anderthalb Wochen in Brandenburg wieder erleben, als Menschenketten und sogar ein Staffellauf von 200 Grundschulern unter dem Motto „Bunt statt Braun“ mit selbst gemalten Plakaten klare Zeichen gegen die Aufmärsche der NPD setzten. Solche Aktionen machen Mut und verdienen unsere Unterstützung und unseren Beifall.

Eine gelungene **Integrationspolitik** ist wirksame Prävention. Sie hängt auch davon ab, ob die Integrations- und Sprachkurse erfolgreich und flächendeckend angeboten werden können und ob dafür genug Geld zur Verfügung steht. Ich will jetzt nicht noch einmal, wie in meiner Rede im Sommer, vertieft darauf eingehen, aber schon sagen, dass die Mittel nach der Kürzung um 67 Millionen Euro, die im Haushalt 2006 erfolgt ist – auch jetzt ist der Titel nur mit 140 Millionen Euro dotiert –, grundsätzlich zu knapp sind, und zwar nicht nur wegen des Integrationsgipfels und zusätzlicher qualitativer

Anstrengungen, die wir parteiübergreifend wollen und die ab Sommer 2007 nach der Evaluierung umgesetzt werden sollen, sondern auch deswegen, weil die Zahl der Angebote für die schon jetzt Berechtigten nicht ausreicht. Speziell für Frauen mit Bedarf an Kinderbetreuung und für Analphabeten bleibt das Angebot weit hinter dem Bedarf zurück. Ich vertraue darauf, da es im Haushalt des BMI einen Deckungsvermerk gibt, der sicherstellen soll – mein Kollege Michael Luther hat darauf hingewiesen –, dass alle Kursangebote im bisherigen Leistungskatalog zielgruppengerecht und in vollem Umfang fortgeführt werden können und dass kein Integrationswilliger abgewiesen werden muss. Qualifizierte Verbesserungen werden sicherlich nach der Evaluierung beschlossen und dafür werden gewiss zusätzliche Mittel benötigt werden. Unter Prävention im weiteren Sinne ist auch der **Sport** zu sehen. Im Haushalt des Bundesinnenministeriums stehen dafür wieder 108,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland war nicht nur ein voller Erfolg auf dem Spielfeld, nicht nur ein riesiges Sportfest für die junge Generation mit der Chance auf internationale Freundschaftsbeziehungen und Völkerverständigung, und bei ihr hat die Welt nicht nur erlebt, dass man in Deutschland fast fünf Wochen schönes Wetter haben kann – das wird die Tourismusbranche gefreut haben –, sondern die Fußballweltmeisterschaft war auch ein finanzieller Erfolg. Bei der DFB-Kulturstiftung sind 5 Millionen Euro nicht ausgegeben worden. Wir Haushälter und Sportpolitiker der großen Koalition haben uns gemeinsam darauf verständigt, dass diese 5 Millionen Euro für spezielle Projekte beim Sport verbleiben sollen.

Ja, das ist einen Applaus wert. Mich hat leicht irritiert – das will ich an dieser Stelle doch sagen –, dass man sich auf der Homepage des DOSB mit fremden Federn schmückt. Es ist nicht richtig, dass es auf Initiative des DOSB zu dieser Mittelverwendung kommt. Es waren die Parlamentarier aus dem Sportbereich und aus dem Haushaltsausschuss, die das gemeinsam bewegt haben. Ich würde mir schon wünschen, dass sich der DOSB möglichst um die Teile der Dopingproblematik intensiv kümmert, die auf seinem eigenen Spielfeld sind.

Damit meine ich explizit die **Dopingopfer** aus der Zeit der ehemaligen **DDR**. Ich würde mir wünschen, dass er da deutliche Schritte nach vorn geht. Dass wir das mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt unterfüttern, haben wir schon gesagt.

Ich komme zum Schluss. Meinen Mitberichterstatern danke ich für einen fairen und konstruktiven Beratungsmarathon sowie dem Minister mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfangreiche Zuarbeit und Information, ganz besonders aber dafür, dass er unsere parlamentarischen Beschlüsse vom letzten Sommer in den Beratungen zum Haushalt 2006 sowohl zu den Sparanstrengungen

wie auch zu unserer Schwerpunktsetzung für die Bundeszentrale für politische Bildung und für das THW ohne Wenn und Aber eins zu eins fortgeschrieben hat.

Die hier im Schnelldurchlauf diskutierten Themen lieferten uns Parlamentariern in den letzten zwei Monaten Anlass für über 100 Berichtsansforderungen und intensive Beratungen mit letztlich guten Beschlüssen. Ich freue mich auf die künftige Zusammenarbeit und ich hoffe sehr, dass Sie sich mit mir darauf freuen.

Vielen Dank.